



Gleichstellung

## Lehren aus dem Rentenloch

Die aktuellen Zahlen des AFI-IPL machen es schwer, ein Thema zu ignorieren, über das gerne geschwiegen wird: Was die Grünen gegen die Hungerrenten von Frauen machen wollen.

603 Euro Rente brutto bezieht die durchschnittliche Südtiroler Rentnerin pro Monat: Mit dieser Zahl hat das Arbeitsförderungsinstitut AFI-IPL am Donnerstag noch einmal verdeutlicht, wie ungleich die Einkommenssituation zwischen Frauen und Männern weiterhin ist. Denn die vergleichbare Durchschnittsrente für Männer in der Privatwirtschaft beträgt immerhin 1118 Euro im Monat, also fast doppelt so viel.

Ein beeindruckender Unterschied, der direkt im Zusammenhang mit dem traditionellen Familienmodell steht, das für viele der nunmehrigen Rentnerinnen noch die Normalität war: der Ehemann als Versorger, der ein Leben lang zu 100% arbeitet und Beiträge einzahlt, die Frau als Mutter und Hausfrau, mit einer löchrigen Erwerbsbiographie und entsprechend geringen Beiträgen. Auch wenn sich der riesige Unterschied dank einer gestiegenen weiblichen Erwerbsquote und der allgemeinen gesellschaftlichen Veränderungen reduzieren wird, werden Frauenrenten auch in Zukunft ein Problem bleiben, fürchten unter anderem die Grünen. Unterbrechungen der Arbeitsverhältnisse, Babypausen, Prekariat und Teilzeit – all das führt dazu, dass Frauen ihr Leben lang weniger verdienen als Männer, schreiben sie in einer Aussendung. Laut dem Gender-Bericht von 2012 im Durchschnitt 73 Euro pro Tag gegenüber 103 Euro, die ein Mann im Schnitt verdient. Und das obwohl Zahlen des Astat belegen, dass Frauen insgesamt vier Stunden mehr pro Woche arbeiten als Männer, erinnern die Grünen.

Ihre Antwort auf die Ungleichheit: Ein Beschlussantrag mit dem die Landesregierung dazu aufgefordert wird, gemeinsam mit dem Beirat für Chancengleichheit eine Informations- und Sensibilisierungskampagne einzuleiten. Damit soll noch eindringlicher aufgezeigt werden, wie wichtig es für eine lebenswerte Rentensituation ist, die Erwerbstätigkeit nicht aufzugeben. Gleichzeitig fordern die Grünen eine Erweiterung der Infrastrukturen und Betreuungsdienste für Kleinkinder, damit Mütter ihrer Arbeit weiterhin nachkommen können, ohne dass sich dabei für ihre Familien Schwierigkeiten ergeben.